

Lula gewinnt Präsidentschaftswahlen in Brasilien mit knappem Vorsprung: Rückkehr zum "normalen Kapitalismus" oder anhaltender Aufstand der Rechten?

Nach einem harten Wahlkampf hat der Mitte-Kandidat Lula die Präsidentschaftswahlen in Brasilien am 30. Oktober in der zweiten Runde mit 50,9 Prozent der Stimmen oder 2,1 Millionen Stimmen mehr als sein rechtsextremer Gegenkandidat Jair Bolsonaro gewonnen. Dies war das knappste Ergebnis einer Präsidentschaftswahl seit 1989. Lula versprach seinen Wählern in einer Rede auf der überfüllten Avenida Paulista im Zentrum von São Paulo, wo sich Zehntausende versammelt hatten, um den Wahlsieg zu feiern, eine Rückkehr zu Demokratie und Normalität. Bolsonaro schwieg bis zwei Tage nach der Wahl und gab nur eine sehr kurze Erklärung ab, in der er klarstellte, dass er das Wahlergebnis nicht anfechten würde.

Lula hatte in der ersten Runde 48 Prozent der Stimmen gegen 43 Prozent von Bolsonaro erhalten. Erstaunlich war, dass Lula im ersten Wahlgang 6,2 Millionen Stimmen mehr als Bolsonaro erhalten hatte, im zweiten Wahlgang aber nur knapp gewann. 9,8 Millionen Wählerinnen und Wähler gaben ihre Stimmen in der ersten Runde anderen Kandidaten als Lula oder Bolsonaro, und die meisten dieser Stimmen gingen in der zweiten Runde an Bolsonaro: Lula erhielt im ersten Wahlgang 57,2 Millionen Stimmen, im zweiten Wahlgang 60,3 Millionen, er konnte also 3,1 Millionen zusätzliche Stimmen mobilisieren. Bolsonaro erhielt 51 Millionen Stimmen im ersten und 58,2 Millionen Stimmen im zweiten Wahlgang, was eine zusätzliche Mobilisierung von 7,2 Millionen Stimmen bedeutet, d.h. mehr als zwei Drittel der Stimmen, die im ersten Wahlgang an dritte Kandidaten gegangen waren. Mit diesem Ergebnis erhielt Bolsonaro etwa 400.000 Stimmen mehr als 2018, als er die Wahlen mit mehr als 10 Millionen Stimmen Vorsprung vor seinem Konkurrenten Fernando Haddad gewann. Im Jahr 2022 war die Wahlenthaltung im zweiten Wahlgang etwas geringer als im ersten Wahlgang, was die Gesamtzahl der Stimmen um weitere 500.000 erhöhte.

Der Wahlkampf und die Koalition

Der Wahlkampf wurde mit Zähnen und Klauen geführt, und vor allem die Fake-News-Maschinerie des Bolsonaro-Clans lief auf Hochtouren. Obwohl das Wahlgericht fast täglich soziale Medien und andere Medien anordnete, Inhalte zu entfernen, tauchten neue Fake News schneller auf, als alte gelöscht und verboten wurden. Die Anordnungen des Wahlgerichts betrafen auch einige Wahlkampfmaterialien der Koalition um Lula, die vom Gericht als beleidigend oder sachlich falsch eingestuft wurden.

Bolsonaro versuchte bis zum letzten Moment, den gesamten Staatsapparat einzusetzen, um die Wähler davon abzuhalten, von ihrem Recht Gebrauch zu machen: Die Straßenpolizei, die unter starkem Einfluss von Anhängern Bolsonaros steht, hielt am Wahltag mehr als 600 öffentliche Busse an, die WählerInnen zu den Wahlkabinen transportierten, vor allem in Regionen, in denen Lula in der ersten Runde gut abgeschnitten hatte. Das Wahlgericht hatte die Vorbereitungen für dieses Manöver bereits einen Tag vorher entdeckt und alle Inspektionen der Straßenpolizei am Wahltag verboten, dennoch errichtete die Straßenpolizei Straßensperren und bedrohte die WählerInnen mit schweren Waffen.

Ein weiteres unrühmliches Ereignis waren die mehr als 1000 Fälle, in denen Arbeitgeber versuchten, die Stimmabgabe von ArbeiterInnen zu beeinflussen. Nur zwei Tage vor der Wahl hielt einer von Bolsonaro's Söhnen eine Wahlrede in einem Schlachthof - all diese Aktionen von Arbeitgebern, Veranstaltungen zu den Wahlen abzuhalten, Vorteile für Arbeiter/innen zu versprechen, die für Bolsonaro stimmen, oder ArbeiterInnen mit Schließung von Betrieben, Entlassungen oder anderen negativen Konsequenzen zu drohen, wenn sie für Lula stimmen, sind nach brasilianischem Recht illegal. Diese Art von Vorfällen ist an sich nicht neu, aber das Ausmaß ist beispiellos. Die Hälfte der Bemühungen der Arbeitgeber, die Wahl zu beeinflussen, fand im Bundesstaat Minas Gerais statt, der von den beiden Kandidaten stark umkämpft war, und es ist offensichtlich, dass es sich um eine organisierte Kampagne handelte.

Was sich in der letzten Woche vor der Wahl negativ auf die Kampagne von Bolsonaro ausgewirkt hat, waren mehrere Missgeschicke: Einen Tag vor der Wahl griff ein Verbündeter Bolsonaros, der altgediente Politiker Roberto Jefferson, Polizeibeamte an, feuerte 50 Kugeln auf ihr Auto ab und verletzte zwei PolizistInnen mit drei Granaten. Er stand unter Hausarrest, weil er an antidemokratischen Aktivitäten wie Drohungen gegen RichterInnen beteiligt war, und hatte in verschiedener Weise gegen die Bedingungen seines Hausarrests verstoßen, z. B. indem er in den sozialen Medien oberste RichterInnen beleidigte und in seinem Haus Treffen mit PolitikerInnen abhielt. Als die Polizei kam, um ihn zurück in das Gefängnis zu bringen, das er im Januar 2022 aus gesundheitlichen Gründen verlassen hatte, setzte er sie unter Beschuss. Die Polizei fand mehr als 7000 Kugeln in seinem Haus. Bolsonaro war damit beschäftigt, sich von Jefferson zu distanzieren, aber die Wirkung in den Medien war nicht günstig. Bolsonaro selbst hatte vor einigen Monaten gegenüber den Medien erklärt, er werde eine Waffe abfeuern, falls er verhaftet werde.

Zwei Tage später versuchte Bolsonaro, die Aufmerksamkeit von der Jefferson-Affäre abzulenken, indem er behauptete, dass 16 Radiosender im Nordosten des Landes keine von seinem Team produzierten Wahlkampfjingles gesendet hätten. Die von Bolsonaro vorgelegten Unterlagen zu diesem Fall waren unzureichend, da sie nur Daten über Online-Streaming enthielten, die nicht unter die Rechtsvorschriften über Wahlpropaganda fallen. Bolsonaro versuchte zu behaupten, dass die Wahl verschoben werden müsse und dass er ein Treffen mit den Armeekommandeuren einberufen werde. Es scheint, dass die Armeekommandeure den Fall nicht sehr ernst genommen haben, und der Kommunikationschef von Bolsonaros Wahlkampfteam entschuldigte sich drei Tage später bei den Medien und gab zu, dass die von Bolsonaro vorgebrachten Argumente stark übertrieben waren.

Schlimmer noch: Am Tag vor der Wahl bedrohte eine Abgeordnete von Bolsonaros Partei, Carla Zambelli, im Zentrum von São Paulo nach einem politischen Streit auf der Straße einen Schwarzen mit einer Pistole. Sie hatte behauptet, von einer Gruppe von Lula-Anhängern körperlich angegriffen worden zu sein, aber Smartphone-Videos über den Vorfall zeigten, dass es keinen solchen körperlichen Angriff auf sie gab, sondern nur eine verbale Auseinandersetzung. Zambelli wird wegen ungerechtfertigten Waffengebrauchs angeklagt, und einer ihrer Sicherheitsleute feuerte während des Vorfalls eine Kugel ab, die glücklicherweise niemanden traf.

Die Lula-Kampagne konnte auf eine breite Palette von Verbündeten zählen, die verschiedene Wählergruppen ansprachen, angefangen beim Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten

Geraldo Alckmin, einem Gründungsmitglied der rechtsliberalen PSDB, der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens. Simone Tebet, die im ersten Wahlgang auf dem dritten Platz landete, wurde im zweiten Wahlgang unerwartet zu einer aktiven und lautstarken Teilnehmerin an der Seite von Lula. Sie hat einen ähnlichen Hintergrund wie Alckmin, kandidierte für die klientelistische rechte MDB, die Demokratische Bewegung Brasiliens, und stammt aus einer Familie von Großgrundbesitzern. Sie griff insbesondere die frauenfeindlichen Angriffe Bolsonaros gegen Frauen an. Marina Silva, ehemalige Umweltministerin unter Lula, die sich seinerzeit mit Lula überworfen hatte, weil er der industriellen Entwicklung Vorrang vor Umweltbelangen einräumte, beteiligte sich ebenfalls sehr aktiv an der Kampagne. Ein weiterer Joker im Wahlkampf war André Janones, wie Marina Silva ein ehemaliges Mitglied der Arbeiterpartei PT. Er kandidierte für die kleine Partei Avante für das Amt des Präsidenten, schied aber vorzeitig aus dem Rennen aus und wurde zu einem Social-Media-Berater und Influencer mit eigenem Stil. Mit diesem facettenreichen Ansatz hat die Kampagne um Lula in gewisser Weise die Ansätze von Bolsonaros Team in den sozialen Medien übernommen: Bolsonaro präsentiert den verschiedenen Wählergruppen eine andere Botschaft und passt seinen Stil und seine Rhetorik entsprechend an. Die Lula-Kampagne verfolgte einen ähnlichen Ansatz, arbeitete aber eher mit anderen Persönlichkeiten als Teil des Lula-Teams.

Detaillierte Ergebnisse

Die Gouverneurswahlen gingen in 12 Bundesstaaten ebenfalls in die zweite Runde: Von diesen gewannen die Verbündeten von Bolsonaro die meisten Bundesstaaten, nämlich fünf. Der Bundesstaat São Paulo, der noch nie von einem linken Kandidaten gewonnen worden war, wechselte von einem Gouverneur der rechten Mitte zu einem der extremen Rechten: Tarcisio de Freitas, der in der Regierung Bolsonaro als Minister für Infrastruktur diente und eher pragmatisch als ideologischer Hardliner ist. Neben dem Bundesstaat São Paulo gingen auch die Bundesstaaten Santa Catarina, Amazonas, Mato Grosso do Sul und Rondonia an Kandidaten, die mit Bolsonaro verbündet sind. In den beiden letztgenannten Bundesstaaten waren beide Kandidaten in der zweiten Runde mit Bolsonaro verbündet.

Die Mitte-Rechts-Parteien gewannen vier Bundesstaaten: Rio Grande do Sul, Alagoas, Pernambuco und Sergipe. Hier war der Erfolg von Eduardo Leite von der PDSB in Rio Grande do Sul eine Überraschung, da er in der ersten Runde den zweiten Platz gegen Onyx Lorenzoni belegte, der in der Regierung Bolsonaro verschiedene Ämter bekleidete und Leite während des Wahlkampfes systematisch mit homophoben Beleidigungen angriff. Neben Tebet ist Leite einer der wenigen Hoffnungsträger für die Neugründung der rechten Mitte, die seit 2018 durch Bolsonaros Dominanz im rechten Spektrum fast ausgelöscht wurde. Die Linke gewann in der zweiten Runde drei Bundesstaaten: Das Industriezentrum Espirito Santo und die nordöstlichen Bundesstaaten Paraíba und Bahia - Bahia ist der viertgrößte brasilianische Bundesstaat gemessen an der Einwohnerzahl.

Zusammen mit der ersten Wahlrunde werden von den 27 Bundesstaaten Brasiliens ab 2023 13 von Bolsonaros Verbündeten regiert, sieben von der rechten Mitte und sieben von der Linken. Man muss hinzufügen, dass die Grenzen zwischen Mitte-Rechts und Bolsonarismo durchlässig sind und dass man in den kommenden Monaten einige Bewegungen zwischen diesen Strömungen erwarten kann - wahrscheinlich werden einige Gouverneure eher zur

Mitte-Rechts wechseln, da Bolsonaro die Präsidentschaftswahlen verloren hat. Aber die Ergebnisse zeigen, abgesehen von dem knappen Ausgang der Präsidentschaftswahlen, dass die mit dem Bolsonarismo verbundenen Ideen weiterhin Zugkraft haben werden. Entscheidend ist, dass in den drei bevölkerungsreichsten Bundesstaaten São Paulo, Rio de Janeiro und Minas Gerais Kandidaten regieren werden, die Bolsonaro nahestehen.

Einige wichtige Erkenntnisse über die Wählerpräferenzen lassen sich auch aus einer der letzten Umfragen von Datafolha gewinnen, die einen Tag vor den Wahlen veröffentlicht wurde und einen Sieg Lulas mit 52 Prozent der Stimmen vorhersagte: Die einzige Einkommensgruppe, in der Lula laut dieser Umfrage eine Mehrheit hat, sind die ärmsten Bevölkerungsschichten, die bis zu zwei Mindestlöhne, also etwa 400 US-Dollar, verdienen. In allen anderen Einkommensgruppen lag Bolsonaro vorn.

Interessant ist auch, in welchen Bundesstaaten Lula besser abschnitt als Fernando Haddad, der 2018 gegen Bolsonaro antrat: Obwohl die bevölkerungsreichen Bundesstaaten São Paulo und Rio de Janeiro im Präsidentschaftsrennen von Bolsonaro gewonnen wurden, konnte Lula in diesen Bundesstaaten im Vergleich zu 2018 am meisten Wählerstimmen hinzugewinnen: 12,7 Prozent im Bundesstaat São Paulo und 11,4 Prozent in Rio de Janeiro. Auch andere Bundesstaaten, in denen Lula im Vergleich zu 2018 am meisten zulegen konnte, waren andere Bolsonaro-Hochburgen wie Minas Gerais, Mato Grosso do Sul, Paraná, Goiás, Santa Catarina und Rio Grande de Sul - in all diesen Bundesstaaten schnitt Lula zwischen sechs und acht Prozentpunkten besser ab als Haddad im Jahr 2018. Im Nordosten, der Hochburg Lulas im ersten und zweiten Wahlgang 2022, waren die Ergebnisse ganz ähnlich wie die von Haddad 2022. Während also in den Medien oft behauptet wird, der Nordosten sei der Schlüssel zum Wahlsieg gewesen, war es die Mobilisierung zusätzlicher Wähler im Südosten Brasiliens, die den Sieg Lulas 2022 sicherte. Lula gewann die Wahl sowohl in der Stadt São Paulo als auch in der Metropolregion São Paulo, nicht aber in den Regionen außerhalb der Zentralregion des bevölkerungsreichsten Bundesstaates, die fast ausschließlich von Bolsonaro gewonnen wurden.

Perspektiven und Herausforderungen

Für die Perspektive der dritten Lula-Präsidentschaft gibt es zwei zentrale Fragen: Wird es einen anhaltenden Aufstand der Rechten gegen die Regierung Lula geben, und wie groß wird der Spielraum für progressive Politik angesichts einer konservativen Zusammensetzung von Parlament und Senat sein? Die meisten Gouverneure, die Bolsonaro nahe stehen, haben bereits signalisiert, dass sie bereit sind, mit der Bundesregierung unter Lula zusammenzuarbeiten. Am Wahlabend begann eine bunt zusammengewürfelte Truppe von Bolsonaro-Anhängern, die sich aus Lastwagenfahrern, Kleinbürgern und anderen Elementen zusammensetzte, Straßensperren zu errichten, ein Eingreifen des Militärs zu fordern und das Wahlergebnis in Frage zu stellen. Die Verkehrspolizei, die am Wahltag sehr effektiv Straßensperren errichtete, reagierte nur langsam und unterstützte zeitweise die Straßensperren der Bolsonaro-AnhaengerInnen. Die Bewegung erreichte ihren Höhepunkt am Dienstagmorgen, dem 1. November, mit 271 Straßensperren, von denen 167 am Morgen des 2. Novembers noch aktiv waren. Viele Gouverneure, die mit Bolsonaro verbündet sind, wie Claudio Castro in Rio de Janeiro, setzten die Militärpolizei ein, um Straßensperren zu beseitigen. In sieben Bundesstaaten fehlten am Nachmittag des 1. November in den

Supermärkten 70 % der Vorräte und in vielen Regionen gab es kein Benzin. Ironischerweise sind von den Straßensperren vor allem die Bolsonaro-WählerInnen betroffen, da sie in den Regionen am stärksten sind, in denen Bolsonaro viele Stimmen erhalten hat, wie in den Bundesstaaten Mato Grosso und Santa Catarina. Außerdem sind die Agrarindustrie und Schlachthöfe, die mit verderblichen Waren handeln, als erste betroffen. Nicht umsonst hat die parlamentarische Gruppe, die die Agrarindustrie vertritt, die Blockaden schnell verurteilt. In einigen Fällen räumten organisierte Fußballfans, Menschen aus Armenvierteln und Arbeiter von Werften Straßenblockaden der rechten Aufständischen. Abgesehen von einigen Bolsonaro nahestehenden Radikalen hatten die Bewegungen keine Unterstützer in der Öffentlichkeit. Bolsonaro selbst bezog sich in seiner Mini-Rede am 1. November positiv auf die Proteste, sagte aber, dass die rechten Proteste nicht die Methoden der Linken wie das Eindringen in Privateigentum und Straßensperren nachahmen und das Recht auf Freizügigkeit wahren sollten - etwas, das Bolsonaro während der Pandemie immer gegen Abriegelungen und Bewegungseinschränkungen verteidigt hat. Am Abend des 2. November hat Bolsonaro noch einmal deutlich dazu aufgerufen, die Strassenblockaden zu beenden.

Die Linke ist besorgt, dass solche militanten Bewegungen von rechts weiterhin Druck auf die Regierung Lula ausüben werden. Ob solche Bewegungen jedoch fortbestehen können, hängt stark davon ab, ob die extreme Rechte in der Lage sein wird, authentische Führer zu halten. Bolsonaro selbst scheint mehr daran interessiert zu sein, nicht ins Gefängnis zu kommen, da er sich am 1. November dringend mit den Richtern des Obersten Gerichtshofs treffen wollte. Wahrscheinlich will er über die 36 Gerichtsverfahren gegen ihn verhandeln, die nach seinem Rücktritt als Präsident weiterlaufen werden. Es wird allgemein angenommen, dass er anbietet, nicht für eine aufständische Bewegung gegen den designierten Präsidenten Lula zu agitieren, und im Gegenzug von einer Gefängnisstrafe verschont wird. Es ist unwahrscheinlich, dass der Oberste Gerichtshof einem solchen Handel zustimmen wird, aber es zeigt, dass seine Zukunft als politischer Führer nicht die erste Priorität für Bolsonaro sein könnte. Seine erste Rede nach der verlorenen Wahl schien eher eine Verpflichtung für ihn zu sein, und er nutzte die Gelegenheit eindeutig nicht, um die Bewegung, die ihn unterstützt, zu motivieren.

Eine größere Herausforderung für Lula wird die Opposition im Kongress und im Senat sein: Die Interessen der Agrarindustrie und der evangelikalen Kirchen sowie die organisierten Interessen des Kapitals im Allgemeinen könnten Gesetzesinitiativen blockieren, die der Masse der Bevölkerung zugute kommen. Es gibt unzählige Bereiche, in denen die Regierung dringend handeln muss. Zu den dringendsten Handlungsfeldern gehören der weit verbreitete Hunger und der Ausbau der Abfallentsorgung, der sanitären Einrichtungen und des Zugangs zu sauberem Wasser. Nur die Hälfte aller Brasilianer ist an ein Abwassersystem angeschlossen, was zu massiven Umweltproblemen und zu zahlreichen Gesundheitsproblemen bei der ärmeren Bevölkerung führt. Weiterer Handlungsbedarf besteht bei den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie den Gesundheits- und Bildungssystemen, die unterfinanziert und schlecht organisiert sind. Es wird schwer sein, die Eliten davon zu überzeugen, finanzielle Mittel in Bereiche zu lenken, die der armen Mehrheit zugute kommen. Die selektive Verteilung von Ressourcen ist in Brasilien auch ein Mittel, um politische Herrschaftsverhältnisse zu reproduzieren.

Initiativen zur Eindämmung des illegalen Goldabbaus und der Entwaldung werden den Eliten ebenfalls finanzielle Mittel entziehen, und die Umweltschutzbehörden, die unter der

Regierung Bolsonaro abgebaut und unterfinanziert wurden, müssen von Grund auf neu aufgebaut werden. Lula hat angekündigt, ein Ministerium für die indigene Bevölkerung einzurichten, das auch neue Ressourcen für den Schutz der Gebiete traditioneller Gemeinschaften und Völker bereitstellen wird.

Eine weitere große Herausforderung wird das Arbeitsrecht sein: Die Reform der Regierung Temer im Jahr 2017 führte zu massiven Lohnkürzungen und einem Anstieg der informellen Beschäftigung. Lula versprach ein neues Arbeitsgesetzbuch, das das traditionelle CLT ersetzen soll, das auf die korporatistischen Bemühungen von Getulio Vargas im Jahr 1945 zurückgeht. Das CLT ist in vielerlei Hinsicht unflexibel und behindert die Integration vieler ArbeiterInnen in das formelle System. Andererseits wird es ein enormer Arbeitsaufwand sein, ein völlig neues Gesetzeswerk zu schaffen, das das alte Arbeitsgesetzbuch ersetzen würde. Das Mindeste, was man erwarten kann, ist eine gesetzliche Regelung der App-basierten Arbeit.

In all diesen Politikbereichen wird die Regierung Lula mit dem Kongress und dem Senat verhandeln müssen, und im Senat gibt es eine recht hohe Zahl von Bolsonaro-Hardlinern, die versuchen werden, jegliche Gesetzesinitiativen zu blockieren. Eine wesentliche Frage ist, inwieweit es der Regierung Lula gelingen wird, Teile der Bourgeoisie davon zu überzeugen, Initiativen zu unterstützen, die sowohl ihren Unternehmen als auch dem Großteil der Bevölkerung zugute kommen. Vieles wird nicht nur von wirtschaftlichen Interessen abhängen, sondern auch von der politischen Konjunktur und davon, inwieweit die Rechte in der Lage sein wird, sich als ernstzunehmende politische Alternative zu präsentieren.

Die geopolitische Ebene könnte ein Bereich sein, in dem die Regierung Lula mehr Handlungsspielraum hat, und es ist zu erwarten, dass die mehr oder weniger tote Initiative des BRICS-Blocks wiederbelebt wird, die zusätzlich durch die Tatsache behindert wird, dass Russland einen aktiven Krieg mit der Ukraine begonnen hat. Lula hat signalisiert, dass er Initiativen zur Beendigung des Krieges ergreifen will. Weitere Schwierigkeiten für den BRICS-Block sind die autoritäre Wende in China und die rechtsextreme Präsidentschaft von Modi in Indien, die in ihrer zweiten Amtszeit wesentlich repressiver geworden ist. Lula wird auf jeden Fall einen dritten Block jenseits von NATO und Russland fördern. Ein fruchtbareres Terrain für diese geopolitischen Ambitionen findet sich in Lateinamerika, wo zahlreiche linke Regierungen in Chile, Kolumbien, Argentinien, Mexiko, Bolivien, Venezuela und Kuba Partner der Regierung Lula sein werden. Der argentinische Präsident Fernandez besuchte Brasilien einen Tag nach der Wahl. Die Außenpolitik war einer der Schwerpunkte der Lula-Regierungen und es ist zu erwarten, dass dies auch in der neuen Amtszeit der Fall sein wird. Auch die ins Stocken geratenen Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen dem Mercosur und der EU werden wieder aufgenommen werden, und Lula hat deutlich gemacht, dass er den Vertrag neu verhandeln und dabei den Schwerpunkt stärker auf die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen aus Brasilien in die EU legen möchte.

Artikel von Jörg Nowak vom 3.11.2022

Siehe zum Hintergrund das Dossier: [Bolsonaro gegen Lula: Angst vor politischen Morden bestimmt Vorwahlzeit in Brasilien](#)
und darin zuvor von Jörg Nowak: [Erste Runde der Wahlen in Brasilien 2022: Lula 48 %, Bolsonaro 43 %](#)